

Inhalt

Rechtslehre

Einleitung: Aufgabe und Einteilung der philosophischen Rechtslehre

1. Kapitel: Übersicht über die möglichen Rechts- theorien

§ 1	Juristischer Empirismus	21
§ 2	Juristischer Mystizismus	29
§ 3	Juristischer Ästhetizismus	31
§ 4	Juristischer Logizismus	32
§ 5	Juristischer Kritizismus	36

2. Kapitel: Die Stellung der Rechtslehre im System der Metaphysik

§ 6	Rechtslehre als praktische Metaphysik	38
§ 7	Rechtslehre als praktische Naturlehre	38
§ 8	Rechtslehre als äußere praktische Naturlehre	41

3. Kapitel: Einteilung der philosophischen Rechts- lehre

§ 9	Formale und materiale Rechtslehre	46
§ 10	Logik des Rechts und formale Metaphysik des Rechts . . .	47
§ 11	Methodische und praktische Bedeutung dieser Trennung . .	48

I. Abteilung: Formale Rechtslehre

1. Kapitel: Analytische Prinzipien der formalen Rechtslehre

§ 12	Der Grundbegriff der formalen Rechtslehre	52
§ 13	Momente der Form eines Rechtssatzes überhaupt	53

§ 14	Rechtliche Allgemeingültigkeit und rechtliche Differenzierung	54
§ 15	Pflichtsubjekt und Rechtssubjekt	56
§ 16	Rechtliche Autonomie und rechtliche Objektivität	59
§ 17	Rechtswang und rechtliche Freiheit	61
§ 18	Rechtlicher Rigorismus und rechtlicher Indeterminismus	62

2. Kapitel: Der synthetische Grundsatz der formalen Rechtslehre

§ 19	Der synthetische Grundsatz der formalen Rechtslehre	65
------	---	----

3. Kapitel: Die Subsumtionsformeln der formalen Rechtslehre

§ 20	Die oberste Subsumtionsformel	67
§ 21	Die erste Subsumtionsformel: Notwendigkeit der Gedankenmitteilung durch die Sprache	70
§ 22	Die zweite Subsumtionsformel: Notwendigkeit bestimmter Verteilung des Besitzes	72
§ 23	Die dritte Subsumtionsformel: Möglichkeit des Mangels an rechtlicher Einsicht	73
§ 24	Die vierte Subsumtionsformel: Möglichkeit des Mangels an gutem Willen	74

4. Kapitel: Die Postulate der formalen Rechtslehre

§ 25	Das erste Postulat: Das Recht der Sprache	76
§ 26	Das zweite Postulat: Das Eigentumsrecht	78
§ 27	Das dritte Postulat: Die Öffentlichkeit des Rechts	80
§ 28	Das vierte Postulat: Die Rechtssicherheit	84
§ 29	Schlußbetrachtung über den Grund der Möglichkeit formaler Rechtspostulate überhaupt	85

2. Abteilung: Materiale Rechtslehre

Einleitung

§ 30	Übergang zur materialen Rechtslehre	87
------	---	----

1. Kapitel: Der Obersatz der materialen Rechtslehre

§ 31	Das Rechtsgesetz	90
§ 32	Der synthetische Charakter des Rechtsgesetzes	91

§ 33	Der formale Charakter des Rechtsgesetzes	92
§ 34	Der limitierende Charakter des Rechtsgesetzes	94
2. Kapitel: Die Subsumtionsformeln der materialen Rechtslehre		
§ 35	Die Subsumtionsformeln der materialen Rechtslehre	95
3. Kapitel: Die Postulate der materialen Rechtslehre		
§ 36	Das erste Postulat: Das Vertragsrecht	96
§ 37	Das zweite Postulat: Das positive Gesetz	99
§ 38	Das dritte Postulat: Die Verteilung des Eigentums nach dem Prinzip der persönlichen Gleichheit	101
§ 39	Das vierte Postulat: Das Strafrecht	102
4. Kapitel: Das Naturrecht		
§ 40	Die Unmöglichkeit des sogenannten Naturrechts	107
§ 41	Das Prinzip der Spezifikation	109
§ 42	Die Wandelbarkeit aller positiven Gesetzgebung	110
§ 43	Die Bedingung der Möglichkeit eines Naturrechts	111
§ 44	Die Subsumtionsformel zur Ableitung des Naturrechts	113
§ 45	Das formale Naturrecht	114
§ 46	Die Inhaltsbestimmung des Ideals	116
§ 47	Das materiale Naturrecht.	116
§ 48	Die Unveräußerlichkeit des Rechts auf Geistesfreiheit	117
§ 49	Die Widerrechtlichkeit aller künstlichen Bevormundung	118

Politik

Einleitung: Aufgabe und Einteilung der philosophischen Politik

§ 50	Vorläufige Begriffsbestimmung der Politik	123
§ 51	Politik als Kunst und als Wissenschaft	127
§ 52	Gesellschaft und Staat	128
§ 53	Staat und Staatenbund	129
§ 54	Empirische und philosophische Staatslehre	129
§ 55	Theoretische und praktische Staatslehre	133

§ 56	Von den Aufgaben der philosophischen Politik	138
§ 57	Übersicht über die Einteilung der philosophischen Politik	143

I. Abteilung: Formale Staatspolitik

1. Kapitel: Das Prinzip der formalen Staatspolitik

§ 58	Der Obersatz	146
§ 59	Der Untersatz	149
§ 60	Der Schlußsatz	150

2. Kapitel: Das Problem der Möglichkeit des Staates

§ 61	Der politische Anarchismus	152
§ 62	Verallgemeinerung des Problems. Unvermeidlichkeit der Herrschaft der Gewalt in der Natur	153
§ 63	Auflösung des allgemeinen Problems. Gewalt und rechtlose Gewalt	154
§ 64	Anwendung auf das Problem der Möglichkeit des Staates. Staat und Despotie	155
§ 65	Schematische Übersicht über das Problem und seine Auflösung	157
§ 66	Politischer Idealismus und politischer Realismus.	159

3. Kapitel: Das Problem der Verfassungspolitik

§ 67	Die Verfassung des Staates	163
§ 68	Die Aufgabe der folgenden Untersuchungen	164

4. Kapitel: Das Rechtsverhältnis zwischen Volk und Regierung

§ 69	Unmöglichkeit einer Unabhängigkeit der Gesetzgebung und Rechtsprechung von der Regierung	169
§ 70	Unmöglichkeit eines politischen Schutzes des Rechtsverhältnisses zwischen Volk und Regierung	171
§ 71	Das Postulat der Einheit der Staatsgewalt	172
§ 72	Die Sophistik der konstitutionellen Garantien	173
§ 73	Unmöglichkeit eines rechtlichen Prinzips der Staatsverfassung überhaupt.	175
§ 74	Folgen der Verkennung des bewiesenen Satzes	182
§ 75	Die Antinomie des Staatsrechts	183

5. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Allgemeingültigkeit

§ 76	Gesetzliche Gebundenheit aller Regierungsmaßnahmen . . .	188
§ 77	Das Postulat der Ausschließung bloßer Klassenvorrechte . . .	189
§ 78	Positive Anforderung der Rechtlichkeit der Gesetzgebung . . .	191

6. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Differenzierung

§ 79	Der Trugschluß aus dem Postulat der Ausschließung bloßer Klassenvorrechte auf das Recht der Volkssouveränität . . .	193
§ 80	Der Trugschluß aus dem Begriff des allgemeinen Willens . . .	195

7. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Autonomie (Kritik des politischen Autoritätsprinzips)

§ 81	Rechtliche Unmöglichkeit jedes politischen Autoritätsprinzips	199
§ 82	Das Postulat der Publizität	200
§ 83	Das materiale Autoritätsprinzip	202
§ 84	Widerspruch des materialen Autoritätsprinzips	204
	1. Unmöglichkeit eines allgemeinen Gesetzes der Verbindlichkeit von Befehlen überhaupt	205
	2. Notwendigkeit eines a priori feststehenden Kriteriums der Autorität	205
	3. Unmöglichkeit eines rechtlichen Kriteriums der Autorität	206
	4. Die Macht als Kriterium der Autorität	206
	5. Widerspruch eines solchen Kriteriums	207
§ 85	Abstrakter Beweis der Unmöglichkeit des materialen Autoritätsprinzips.	208
§ 86	Die Hierarchie als Konsequenz des politischen Autoritätsprinzips	210
	1. Notwendigkeit der Einheit des Oberhaupts der Hierarchie	212
	2. Notwendigkeit seines Anspruchs auf Unfehlbarkeit . . .	212
	3. Notwendigkeit seines Anspruchs auf die Weltherrschaft	213
	4. Vertretbarkeit der geistlichen Autorität durch ein Dokument	213
	5. Widerspruch der Freiheit der Auslegung eines solchen Dokuments	214
	6. Unmöglichkeit der Duldung des Rechtsstaates seitens der Hierarchie	214
	7. Unmöglichkeit der Duldung der Hierarchie seitens des Rechtsstaates	215

8. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Objektivität (Kritik des Prinzips der Volkssouveränität)

§ 87	Unmöglichkeit eines rechtlichen Prinzips der Volkssouveränität	216
§ 88	Der Trugschluß aus dem Postulat der Publizität auf das Prinzip der demokratischen Kontrolle	219
§ 89	Widerspruch jeder rechtlichen Einschränkung des Prinzips der Volkssouveränität	221
§ 90	Der Trugschluß aus der Verwechslung von rechtlicher und moralischer Autonomie auf das sogenannte Recht der Gewissensfreiheit	223
§ 91	Der Trugschluß aus der Subjektivität der Rechtsüberzeugung auf das Prinzip der politischen Gleichberechtigung	226
§ 92	Widerspruch des Kriteriums der Möglichkeit der Anerkennung	230
§ 93	Widerspruch des Kriteriums der Einwilligung	231
§ 94	Widerspruch der staatsrechtlichen Vertragstheorie	233
§ 95	Widerspruch des Kriteriums der Möglichkeit der Einwilligung	234
§ 96	Das materiale Prinzip der Volkssouveränität	235
§ 97	Widerspruch jedes materialen Prinzips der Volkssouveränität	236
§ 98	Abstrakter Beweis der Unmöglichkeit eines solchen Prinzips	238
§ 99	Der demagogische Despotismus als Konsequenz des demokratischen Prinzips	239
§ 100	Demokratie und Aufstieg der Tüchtigen	240

9. Kapitel: Positive Lösung des Problems der Souveränität

§ 101	Das Postulat der Herrschaft der Weisen	243
§ 102	Das Problem der Auswahl des Weisesten	246
§ 103	Das Postulat der wissenschaftlichen Kontrolle	247
§ 104	Das Postulat der Regentenerziehung	248

10. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip der rechtlichen Freiheit

§ 105	Die rechtliche Freiheit als Prinzip der Beschränkung der Regierungsgewalt	250
§ 106	Rechtsschutz und Interessenschutz	252

	11. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Zwanges	
§ 107	Der Rechtszwang als Prinzip der Unbeschränktheit der Regierungsgewalt	254
§ 108	Liberalismus und Sozialismus	254
	12. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Indeter- minismus	
§ 109	Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Indeterminismus	256
	13. Kapitel: Politische Folgerungen aus dem Prinzip des rechtlichen Rigorismus	
§ 110	Der Primat des Rechtsideals	258
§ 111	Mögliche Staatszwecke: Wohlfahrt und Kultur	259
§ 112	Verhältnis der Rechtspolitik zu Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik	262
§ 113	Die unbeschränkte Notwendigkeit der Postulate der Rechts- politik	262
	14. Kapitel: Rechtlicher Rigorismus und politi- scher Realismus (Kritik des politi- schen Utopismus)	
§ 114	Utopismus und Opportunismus	264
§ 115	Der politische Moralismus	266
§ 116	Realistische Bedeutung der materialen Staatsphilosophie . .	268

2. Abteilung: Materiale Staatspolitik

Einleitung

§ 117	Allgemeine Vorbemerkung zur materialen Staatsphilosophie	270
§ 118	Einteilung der materialen Staatsphilosophie	273

I. Stück: Kritik der Prinzipien der Übereinkunftsgesetz- gebung

1. Kapitel: Die Gesetzgebung für das Vertragsrecht

§ 119	Notwendigkeit gesetzlicher Regelung des Vertragsrechts . .	275
§ 120	Grenzen der Verbindlichkeit der Verträge: Rechte Dritter, Nötigung und Irrtum	276
§ 121	Unbestimmtheit des Vertrages	278

2. Kapitel: Die Gesetzgebung für das Eigentumsrecht

§ 122	Notwendigkeit der Verteilung des Eigentums durch gesetzliche Übereinkunft	279
§ 123	Das Erbrecht	281
§ 124	Das Eherecht	283

3. Kapitel: Die Gesetzgebung für das Vormundschaftsrecht

§ 125	Notwendigkeit gesetzlichen Schutzes der Rechte der Unmündigen	286
§ 126	Gründe der Unmündigkeit	287
§ 127	Das Recht der Tiere	288
§ 128	Das Recht der Kinder	289

2. Stück: Kritik der Prinzipien der Zwangsgesetzgebung

§ 129	Einleitung	291
-------	----------------------	-----

1. Kapitel: Die Sozialpolitik

§ 130	Begriff und Einteilung der Sozialpolitik	293
-------	--	-----

1. TEIL: DAS PRINZIP DER SOZIALPOLITIK

§ 131	Das Rechtsideal als Prinzip der Sozialpolitik	295
§ 132	Abhängigkeit der Befriedigung der Bedürfnisse vom Besitz	297
§ 133	Abhängigkeit des Besitzes von der Arbeit	297
§ 134	Persönliche Gleichheit und geschäftliche Unterordnung	298
§ 135	Persönliche Gleichheit und Ungleichheit des Besitzes und der Arbeit	300
§ 136	Die Zuteilung von Besitz und Arbeit	300
§ 137	Arbeit als Mittel zum Besitz und als Befriedigung eines Bedürfnisses	301
§ 138	Das Prinzip der Entlohnung der Arbeit	304
§ 139	Sonderfälle	307
§ 140	Die Verteilung des Einkommens	308
§ 141	Verhältnis der Armut zu Reichtum, Wohlstand und Luxus	309
§ 142	Notwendigkeit der Berücksichtigung der Qualität der Bedürfnisse	312
§ 143	Das Ideal der Menschenwürde als Prinzip der Bewertung der Interessen nach ihrer Qualität	316

§ 144	Wohlstand als das zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens hinreichende Maß von Besitz	318
§ 145	Wohlstand als das zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens notwendige Maß von Besitz	318

2. TEIL: DIE METHODE DER SOZIALPOLITIK

§ 146	Vom sozialpolitischen Utopismus	320
§ 147	Persönliche Ungleichheit als Folge des Privatbesitzes.	322
§ 148	Der Begriff des sozialen Unrechts	323
§ 149	Entscheidung des Falles der Unzulänglichkeit des verteilbaren Gütervorrats zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens aller	325
§ 150	Das Problem des Kapitalismus	327
§ 151	Sozialismus und Kommunismus.	328
§ 152	Unmöglichkeit, sowohl aus der durch den Kommunismus bedingten Unfreiheit auf die Notwendigkeit des Privatbesitzes, wie aus der durch den Privatbesitz bedingten Ungleichheit auf die Notwendigkeit des Kommunismus zu schließen	330
§ 153	Das Problem der folgenden Untersuchungen	332
§ 154	Notwendigkeit der Zuteilung der Arbeit durch den kommunistischen Staat	333
§ 155	Wechselseitige Abhängigkeit von Produktion und Verteilung	334
§ 156	Das Problem des Kryptokapitalismus	336
§ 157	Die durch den Kommunismus bedingte Ungleichheit	337
§ 158	Unmöglichkeit der Wahrung der Freiheit der höheren Berufe durch Einschränkung des Prinzips der staatlichen Arbeitszuteilung	339
§ 159	Das Problem des Kommunismus unter der Herrschaft der Weisen	341
§ 160	Der technische Gesichtspunkt	343
§ 161	Der formal-rechtliche Gesichtspunkt	343
§ 162	Der material-rechtliche Gesichtspunkt	344
§ 163	Nichtigkeit der Alternative zwischen kommunistischer Diktatur und sozialistischer Demokratie	347
§ 164	Unmöglichkeit der Ausschließung des Despotismus durch Aufhebung der Berufsteilung	449
§ 165	Unmöglichkeit der Ausschließung des Despotismus durch die Wirtschafts-Demokratie	350
§ 166	Regulative Bedeutung des Ideals der Gleichheit für die Sozialpolitik	352
§ 167	Beispiele	354

2. Kapitel: Die Kulturpolitik

1. TEIL: DAS PRINZIP DER KULTURPOLITIK

§ 168	Trennung der kulturpolitischen Aufgabe von der sozialpolitischen	357
§ 169	Die rechtliche Aufgabe der Kulturpolitik	359
§ 170	Das Rechtsideal als Prinzip der Kulturpolitik	360

2. TEIL: DIE SCHULPOLITIK

§ 171	Das Recht auf Bevormundung	362
§ 172	Bedingtheit des Rechts auf Vormundschaft durch den Nachweis der Unmündigkeit	363
§ 173	Das Recht auf Erziehung	365
§ 174	Die rechtliche Notwendigkeit der Einheitsschule	366
§ 175	Die rechtlichen Grenzen des Schulzwanges	367
§ 176	Das Rechtsverhältnis der Kinder zu den Eltern	368
§ 177	Widerrechtlichkeit alles dogmatischen Unterrichts	369
§ 178	Künstliche Bevormundung als angebliches Staatsinteresse	370
§ 179	Die Bedeutung des Lehrerstandes im Staat	371

3. TEIL: DIE HOCHSCHULPOLITIK

§ 180	Die Hochschule als notwendiger Gegenstand der Staatsfürsorge	372
§ 181	Grenzen der staatlichen Wirksamkeit zur Förderung der Kultur.	373
§ 182	Unbedingte Vorzugswürdigkeit des Interesses der sittlichen Wahrhaftigkeit als Grund einer a priori auszuzeichnenden hochschulpolitischen Aufgabe des Staates	374
§ 183	Hochschulpolitische Folgerungen aus dem Prinzip der persönlichen Gleichheit	375
§ 184	Die Freiheit der Wissenschaft	378

4. TEIL: DIE KIRCHENPOLITIK

§ 185	Der Begriff der Kirche	381
§ 186	Das kirchenpolitische Toleranzprinzip	383
§ 187	Unvereinbarkeit des Toleranzprinzips mit der Anerkennung eines Ideals der Menschenwürde überhaupt	384
§ 188	Das Prinzip der Hierarchie	386
§ 189	Das unveräußerliche Recht auf Geistesfreiheit als Prinzip der Kirchenpolitik	389

§ 190	Das Problem der Unverletzlichkeit der Geistesfreiheit . . .	391
§ 191	Notwendigkeit von Staatseingriffen zum Schutz des Rechtes auf Geistesfreiheit	391
§ 192	Die Gefahr des Mißbrauchs der Staatsgewalt	393
§ 193	Toleranz als politischer Notbehelf mangels hinreichender Weisheit der Regierung	394
§ 194	Die kirchenpolitischen Folgen der formalistischen Rechtsauffassung	395
§ 195	Das Dogma des liberalen Optimismus	401
§ 196	Das Problem der Möglichkeit des staatlichen Schutzes der Geistesfreiheit	403
§ 197	Widerspruch des Arguments der Unschützbarkeit der Geistesfreiheit	405
§ 198	Auflösung des Scheins	408
§ 199	Das Kriterium des kirchenpolitisch notwendigen Staatseingriffs	412
§ 200	Die Widerrechtlichkeit der Hierarchie	413
§ 201	Auflösung des scheinbaren Widerspruchs zwischen dieser Lösung und der des analogen sozialpolitischen Problems . .	414
§ 202	Praktische Bedeutung der diese Lösung bedingenden Theorie des wahren Interesses	416
§ 203	Kirche als moraltheologische Lehranstalt und als freie Kultgemeinschaft	417
§ 204	Allgemeine Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Kirche.	419
§ 205	Bekennniskirche und freie Kultgemeinschaft im Verhältnis zum Rechtsstaat	421

3. Kapitel: Die Kriminalpolitik

§ 206	Die Prinzipien der Kriminalpolitik	424
§ 207	Die Paradoxie des strafrechtlichen Rechtszustands	425
§ 208	Das Recht, zu strafen, überhaupt	426
§ 209	Rechtliche Möglichkeit und politische Notwendigkeit der Strafandrohung zur Verhinderung der Verbrechen.	427
§ 210	Die Befugnis zur Vollziehung der angedrohten Strafe . . .	429
§ 211	Abschreckung und Besserung durch Strafvollziehung . . .	431
§ 212	Von der strafrechtlichen Zurechnung	432
§ 213	Das Begnadigungsrecht	433

3. Abteilung: Staatenpolitik

1. Kapitel: Das Prinzip der formalen Staatenpolitik

§ 214	Der Obersatz	435
§ 215	Der Untersatz	436
§ 216	Der Schlußsatz	437

2. Kapitel: Staat und Völkerrecht

§ 217	Staatenbund und Bundesstaat	440
§ 218	Souveränität und Völkerrecht.	443
§ 219	Staatsinteresse und Völkerrecht	444

3. Kapitel: Krieg und Frieden

§ 220	Nationale Macht und Ehre	449
§ 221	Die Eroberungspolitik	450
§ 222	Die Rüstungspolitik	453
§ 223	Die Demokratie und der Friede	455
§ 224	Neutralität und Intervention	456

4. Kapitel: Die Verfassung des Staatenbundes

§ 225	Unmöglichkeit der Beschränkung und Teilung der Bundesgewalt	459
§ 226	Nichtigkeit des Prinzips der repräsentativen Gleichheit der Staaten	461
§ 227	Die Stabilität des Staatenbundes.	463

5. Kapitel: Die Gebietsverteilung

§ 228	Okkupation und Status quo	465
§ 229	Selbstbestimmung und Vertrag	466
§ 230	Handels- und Siedlungsrecht	466
§ 231	Vormundschaftsrecht	468

4. Abteilung: Parteipolitik

1. Kapitel: Das Prinzip der formalen Parteipolitik

§ 232	Der Obersatz	470
§ 233	Der Untersatz	473
§ 234	Der Schlußsatz	475

2. Kapitel: Das Problem der Möglichkeit des Parteiideals

§ 235	Die Paradoxie im Begriff des Parteiideals	476
§ 236	Parteiinteresse und Staatsinteresse	477
§ 237	Widerspruch der Ablehnung des Parteiideals bei Anerkennung des Staatsideals	478

3. Kapitel: Kritik der parteipolitischen Dogmatik

§ 238	Der parteipolitische Fatalismus	480
§ 239	Der Grundsatz der parteipolitischen Nicht-Intervention	482
§ 240	Der Grundsatz des parteipolitischen Faustrechts	483
§ 241	Die Antinomie der formalen Parteipolitik	485
§ 242	Vom Recht der Revolution	486
§ 243	Vom Recht des Parlamentierens	489

4. Kapitel: Das Problem der Parteiverfassung

§ 244	Regentschaft und Führerschaft	494
§ 245	Führerschaft und demokratische Kontrolle	495
§ 246	Führerschaft und Autorität	497

5. Kapitel: Die Realisierbarkeit des Rechts

§ 247	Die Möglichkeit der Rechtsverwirklichung	500
§ 248	Die Möglichkeit der Vernunftorganisation	505

6. Kapitel: Pädagogisches und politisches Ideal

§ 249	Der Schein des Zirkels im politischen Ideal	511
§ 250	Unmöglichkeit der Verwirklichung des Rechtsideals durch das pädagogische Ideal.	513
§ 251	Notwendigkeit des politischen Mittels zur Sicherung des Rechts	514
§ 252	Begrenzte Bedeutung des pädagogischen Mittels im Dienst des Rechtsideals	516